



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/153 - 7.7.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039890

Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Licht der Forschung	S. 1
Bericht über die Präsidentenwahlen in Mexiko	S. 3
Das internat. sozialist. Jugendtreffen im Allgäu	S. 5
Vorurteilte Hoegner-Beleidiger	S. 7

## Im Urteil der Forschung

RHP (sp) Am 30. Juni d.J. hat in Kiel wiederum eine Tagung der  
 Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher For-  
 schungsinstitute stattgefunden. Der im Wochenbericht des Deut-  
 schen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin vom 4. Juli 1952  
 veröffentlichte Bericht über diese Tagung stellt fest, dass die  
 Wirtschaft der Bundesrepublik seit der letzten Jahreswende stag-  
 niert: "Sollte die Stagnation längere Zeit anhalten oder die Ent-  
 wicklung gar zu einem stärkeren Anwachsen der Arbeitslosigkeit  
 und damit zu ernststen sozialen Schäden führen, so ergäbe sich dar-  
 aus für die Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit, sich auf aktive  
 Konjunkturpolitik einzustellen. Ob der gegenwärtige institutionel-  
 le Rahmen für ein rasches Eingreifen in einem solchen Falle aus-  
 reichend ist, muss nach den Erfahrungen der letzten Jahre be-  
 zweifelt werden".

Das also ist der wissenschaftliche Zweifel der Konjunktur-  
 forser an der Brauchbarkeit der sogenannten Freien Marktwirt-  
 schaft: Dieses, schöngefärbt auch als "sozial" bezeichnete Wirt-  
 schaftsprinzip, so meinen die Forscher, verfügt gar nicht über die  
 wirtschaftspolitischen Einrichtungen, um die in Deutschland anste-  
 henden Aufgaben in sozialer Weise lösen zu können.

Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass die Vergrößerung

des deutschen Sozialprodukts notwendig ist, wenn die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen Westeuropas geleistet werden sollen. Auch hier liegt ein Tadel an der bisherigen Wirtschaftspolitik in dem Hinweis, "dass sich eine nach dem Bestand der Produktionsfaktoren mögliche Steigerung des Sozialprodukts verzögert". Geradezu vernichtet für die bisherige Wirtschaftspolitik ist schliesslich die Feststellung, dass zu der Auflockerung der Engpässe im Grundstoffbereich "neben der Abschwächung der Nachfrage auch die Ausweitung des Angebots beigetragen hat". Das heisst, dass die offizielle Wirtschaftspolitik weder etwas für die Stützung der die Konjunktur fördernden Nachfrage, noch etwas Nachdrückliches und Ausreichendes für die Ausweitung der Grundstoffproduktion getan hat.

Man muss sich die ernstesten Hintergründe dieser wissenschaftlichen Kritik vor Augen halten. Die Marshallplanhilfe ist mit dem 30. Juni zu Ende gegangen. Die Regierung Adenauer ist dabei, von einer gefügigen Parlamentsmehrheit die für die Bundesrepublik recht kostspieligen Verträge von Bonn und Paris ratifizieren zu lassen. Diese Verträge kosten uns zunächst 10.2 Mrd DM und hinter dieser Geldsumme sind güterwirtschaftliche Vorgänge immensen Ausmasses verborgen, die sich nicht am wenigsten auf unsere Zahlungsbilanz, nämlich auf unsere Ein- und Ausfuhr auswirken werden.

Der Bundeskanzler hat ausserdem bekanntlich mehrfach verkündet, das höchste Ziel seiner Politik sei die deutsche Wiedervereinigung. Zwar sträubt er sich gegen Viererbesprechungen, aber doch wäre es möglich, dass eine solche Wiedervereinigung schneller kommt, als wir bei dieser Regierung zu hoffen wagen. Diese Wiedervereinigung wird von der westdeutschen Produktion grosse Stützungsaktionen für die bisher russisch besetzten Gebiete fordern. Die als Folge einer andauernden Stagnation befürchteten sozialen Schäden setzen aber nichts so sehr in Frage wie eine politisch und sozial erfolgreiche Wiedervereinigung. Hier wie überall und immer zeigt sich die enge Verbundenheit zwischen Wirtschaftspolitik und Aussenpolitik.

+ + +

Auf der Linie des gemässigten Fortschritts

Nach den Wahlen im "entpistolisierten" Mexiko

(Von unserem lateinamerikanischen Korrespondenten)

Nichts Neues in Mexiko - das ist das Resultat der Wahlen vom 6. Juli, aus der die Partido Revolucionario Institucional (PRI) siegreich hervorging. Adolfo Ruiz Cortines, der bisherigen Innenminister, wird nun das Werk des ausscheidenden Präsidenten Miguel Alemán fortsetzen - ein Resultat, das zu erwarten war, nachdem die zuerst erfolgversprechenden Verhandlungen zwischen der extrem rechten Opposition und den Kommunisten schliesslich doch daran scheiterten, dass man sich nicht über den gemeinsamen Gogonkandidaten einigen konnte. Was die Sozialisten anlangt, so stützten sie zusammen mit dem bedeutendsten Gewerkschaftsbund, der Confederación de Trabajadores de Mexico (CTM), die Kandidatur Ruiz Cortines'.

Wenngleich es im Wahlkampf, nach lateinamerikanischen Begriffen, sehr zivilisiert und korrekt zuging, nachdem die "Entpistolisierung" der Staatsbürger energisch durchgeführt worden war und das Heer Gewehr bei Fuss abseits stand, so hat eine mexikanische Präsidentenwahl nach westeuropäischem Standard mit Demokratie doch recht wenig zu tun. Kein Wunder, wenn man berücksichtigt, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin nicht lesen und schreiben kann. Was B. Traven über das "Land des ewigen Frühlings" schrieb, hat auch heute noch seine Gültigkeit. Kürzlich erst schrieb die mexikanische Zeitung "Exelsior": "Die Indios von heute sind, was sie gestern waren. Fortschritt bedeutet für sie das Automobil, das sie am Rande der Landstrasse vorbeifahren sehen, während sie weiter ausgeschlossen von den Gütern der Zivilisation im Elend dahinleben".

Gewiss, es ist vorangegangen. Es gibt heute mehr Schulen und 5 Mio ha Land wurden an die landlosen Bauern verteilt, aber dennoch - wenn sich die nach dem Tode des blutigen Porfirio Diaz um 1911 beginnende mexikanische Revolution die Lösung des sozialen Problems zur Aufgabe gemacht hatte, so muss zugestanden werden, dass diese Aufgabe heute nach 41 Jahren nicht gelöst ist. Die Kampfparole "Tierra y Libertad", die mit elektrisierender Macht die Massen der Indios und Mestizen erfasst hatte, ist längst verhallt. Lazaro

Cardenas, der zwischen 1934 und 40 die Nationalisierung der Petroleumgesellschaften, eine grossangelegte Kampagne gegen das Analphabetentum und die politische Entmachtung der Kirche durchführte, gab ihr neuen Auftrieb. Aber seither ist vieles vom revolutionären Programm des einsam, in freigewählter Abgeschlossenheit lebenden ehemaligen Präsidenten wieder rückgängig gemacht worden und die Partei ist nur dem Namen nach noch revolutionär, wichtiger ist ihr die Erhaltung der bestehenden Institutionen. Obwohl sie auch heute noch von den Reaktionen als kommunistenfreundlich bezeichnet wird, widersetzt sich die völlig bürgerlich gewordene P.R.I. der Nationalisierung der Kohlen- und Elektrizitätsindustrie und der Banken.

Es ist jedoch kennzeichnend, dass das Regierungsprogramm, das der neue Präsident Ruiz Cortines durchführen will, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und die Ausdehnung der Sozialgesetzgebung für die Bergleute sowie die Einführung des Minimallohnes und die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards vorsieht. Die Rechte der Gewerkschaften, von denen die C.T.M. den neuen Präsidenten unterstützt, sollen unangetastet bleiben. Diese Gewerkschaft, die die wichtigste ist, schied kürzlich sowohl aus dem von den Kommunisten beeinflussten Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund wie aus den Freien Gewerkschaften mit Sitz in London aus. Man sagt ihr gewisse Sympathien für die peronistischen Arbeitsorganisationen nach, obwohl sie sich bisher auch der von diesen vor wenigen Monaten in Asunción gegründeten neuen lateinamerikanischen Gewerkschaftszentrale nicht angeschlossen hat.

Des weiteren sieht das Regierungsprogramm die Schaffung von 18.000 neuen Landschulen, die Ausbildung von 50.000 zusätzlichen Lehrern, die weitere Verteilung von Land an diejenigen Bauern, die keins besitzen, die Verbesserung der Verkehrswege, die Modernisierung der Landwirtschaft und die Förderung der Industrie vor. Ruiz Cortines will sich besonders den Schutz der kleinen Leute zur Aufgabe machen und er versprach, Sorge zu tragen, dass das verfassungsmässig verankerte Frauenwahlrecht nun auch Wirklichkeit werden soll. Wie man sieht, handelt es sich um ein kleinbürgerliches Regierungsprogramm, das nichts Revolutionäres mehr an sich hat.

Bezüglich der Petroleumvorkommen ist die Regierung des scheidenden Präsidenten Alemán dazu übergegangen, durch langfristige

Verträge und Zusage von Gewinnbeteiligung die Mitarbeit der nord-amerikanischen Privatgesellschaften für die Erschliessung neuer Quellen zu gewinnen. Dieses Verfahren, das von weiten Kreisen der Linken als eine Aufgabe der bisherigen Politik der Nationalisierung angegriffen wird, dürfte vom neuen Präsidenten fortgesetzt werden. Die Petroleumreserven sind übrigens in den letzten 13 Jahren seit der Enteignung der ausländischen Gesellschaften um 45 % gesteigert worden. Auf diesem Gebiete wie auf allen anderen verfolgt die Regierungspartei eine Politik der vorsichtigen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten des nördlichen Riesennachbarn. Dass Mexiko dabei seine Selbständigkeit zu wahren weiss, erhellt aus der Tatsache, dass es im Februar dieses Jahres die Verhandlungen über den Abschluss eines Militärpaktes mit USA als einziges lateinamerikanisches Land "bis auf weiteres" abbrach. Möglicherweise sprachen taktische Gründe für diesen Weg, denn die anti-nordamerikanische Stimmung ist in Mexiko infolge der Gebietsverluste vor hundert Jahren, die mehr als die Hälfte des Territoriums ausmachen, noch sehr stark. Nach den Wahlen könnten die Verhandlungen freilich wieder aufgenommen werden, wobei Äusserungen des bisherigen Präsidenten Alemán darauf hindeuten, dass sein Land eher den Abschluss eines allgemeinen Verteidigungspaktes zwischen den lateinamerikanischen Ländern und USA befürwortet, wie er jetzt von Chile vorgeschlagen wird.

+ + +

#### 10.000 junge Europäer treffen sich im Allgäu

Rund 10.000 junge Europäer werden in der Zeit vom 6. Juli bis 31. August d.J. in einer der schönsten Landschaften Deutschlands, unterhalb des Schlosses Neuschwanstein bei Schwangau im Allgäu, in einer grossangelegten Zeltstadt ein internationales Jugendtreffen durchzuführen. Gastgeber dieses bisher einmaligen Treffens der Jugend Europas und aus vielen Ländern Übersees ist die Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands. Sie wird ihre 12- bis 16jährigen jungen Gäste aus Frankreich, England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Oesterreich, Italien, USA, Kanada, Nordafrika und Indien in ihrer Zeltstadt beherbergen. Alle diese jungen Menschen kommen nach Deutschland, um hier in Freundschaft zusammenzuleben, sich in ihren nationalen

Eigenheiten kennen und verstehen zu lernen, um durch das gemeinsame Erlebnis zu festerer Gemeinschaft zusammenzuwachsen.

Dabei soll die Vielgestalt der europäischen Kulturformen als verbindender Reichtum und nicht als trennende Schranke angesehen werden, denn diese Jugend ist bereit, in ihrem Herzen alle Schranken zu überwinden, die von den Erwachsenen aus historischen, nationalen, psychologischen und materiellen Gründen bisher in Europa noch nicht überwunden werden konnten. Die Jugend Europas, die morgen die führenden Männer in der Politik stellen wird und die sich von jedem nationalen Ressentiment freimachen will (soweit sie es nicht schon ist), will in ihrem Leben so früh wie möglich beginnen, durch persönliches Kennenlernen den Grundstein für das zukünftige Europa zu legen. Sie will durch Zusammenarbeit der Nationen zur europäischen Gemeinschaft gelangen und diese auch für immer sichern. "Die grosse politische Aufgabe - die Einheit Europas in Freiheit und Frieden - wird in den Herzen der jungen Menschen vorbereitet", heisst es in dem von den Falken herausgegebenen Aufruf.

In dieser bisher grössten Zeltstadt Deutschlands der Nachkriegszeit wird der Falkenstaat "Junges Europa" eine eigene Regierung und eine der jugendlichen Erfahrungswelt angepasste Selbstverwaltung haben. Das Leben in der Zeltstadt wird durch einen, demokratisch gewählten, erwachsenen Bürgermeister und dem zweiten Bürgermeister, einem Jugendlichen unter sechzehn Jahren, geregelt. Jede Zeltgemeinschaft schickt ihren Sprecher in den Dorfrat und jedes der 25 Zeltdörfer des Falkenstaates wählt einen Abgeordneten in das Lagerparlament, das von einem Lagerpräsidenten geleitet wird und einen Küchen-, Ordnungs-, Gesundheits-, Naturschutz- und Sportausschuss hat. Dass darüber hinaus der Zeltstaat auch eine richtige Verfassung hat, versteht sich von selbst, denn die Selbstverwaltung soll den hier versammelten jungen Europäern Gelegenheit geben, in der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten die Fähigkeiten für ihr späteres Leben als aktive Bürger eines einigen Europas zu entfalten.

Die jeweiligen Höhepunkte des Zusammenlebens werden die "Tage der Freundschaft" und die "Tage der Freiheit" sein, denn nur die Freiheit und die Freundschaft lassen die Schranken der Gegensätzlichkeit vergessen. Arbeitsgemeinschaften für Chor, Laienspiel,

Musik, Literatur, erste Hilfe, Foto, Esperanto, Sport, Wandern und verschiedene Vorträge namhafter Persönlichkeiten aus der Sozialdemokratischen Partei werden das ihre dazu beitragen, der hier versammelten Jugend Europas zu beweisen, dass das Zusammenleben der Völker in Freiheit, Frieden und Würde das höchsterreichbare Ziel der Politik sein muss. Ein Lagerarzt mit seinem Stabe ist für die Gesundheit und Hygiene der Jugendlichen verantwortlich. Eine eigene Lagerzeitung "Junges Europa", die in vier Sprachen gedruckt wird, erscheint bereits jetzt und wird an die Teilnehmer des Auslands versandt, um die notwendigen pädagogischen Vorbereitungsarbeiten zu erfüllen.

Im Lager selbst wird bis zum Eröffnungstag des Zeltstaates "Junges Europa" eine grosse Ausstellung aufgebaut sein, die den Teilnehmern und Besuchern einen Blick in die internationale Verständigungsarbeit und über das 25jährige Jubiläum der Kinderrepubliken gewährt. Eine glückliche Jugend wird sich für sechs Wochen in einer herrlichen deutschen Landschaft zusammenfinden, um über alle Schranken hinweg die europäische Idee vorzuleben,

K.T.

+ + +

Dehler - nicht Hoegner

Das Landgericht Passau verurteilte die Brüder Adolf und Kilian Nader aus Neureut-Landkreis Wolfstein- wegen unwahrer Behauptungen über den bayerischen Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner zu drei bzw. einem Monat Gefängnis. Dr. Hoegner wurde ferner die Befugnis zuerkannt, das Urteil auf Kosten der Schuldigen in der "Passauer Neuen Presse" öffentlich bekannt zu machen. Adolf Nader hatte am 6. März 1952 in einer Versammlung in Neureut u.a. behauptet, dass der bayerische Innenminister, obwohl er der Sozialdemokratischen Partei angehöre, der unsozialste Mensch der Bundesrepublik sei, weil er verlangt hätte, "ein Drittel der KB-Renten und Witwen-Renten zu streichen, um mit dem eingesparten Gelde leicht den zu erwartenden Wehrbeitrag bezahlen zu können". Nach dieser Erklärung Naders kam es im Versammlungsraum zu wüsten Beschimpfungen des Innenministers und der Bruder des Sprechers, Kilian Nader, rief in die erregte Menge: "Was wollt ihr denn, der Hoegner ist ja ein Verbrecher". In der Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, dass die Brüder Nader den bayerischen Innenminister mit dem Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler verwechselt hatten. Obwohl die Brüder ihr Unrecht einsahen, erklärte das Gericht sie für schuldig, weil es nicht angehe, in so leichtfertiger Weise einen angesehenen Politiker zu verunglimpfen und sprach das schon erwähnte Urteil aus.

pt

Verantwortlich: Peter Raunau